

Gesellschaftssteuer gemäß § 10 a KapVG zu ERFNR. selbst bemessen

Mag. Wolfgang Schnabl, öff. Notar, 8510 Stainz, Sauerbrunnstraße 6. Code: N 302808

Akt 3767 Mag. Schnabl/P

Unkorrigierter Rohentwurf Dient als Besprechungsgrundlage (23.05.2012)

Geschäftszahl:



Vor mir, Magister Wolfgang Schnabl, öffentlichem Notar mit dem Amtssitz in Stainz ist heute in meiner Amtskanzlei in 8510 Stainz, Sauerbrunnstraße 6, erschienen die nach ihren Angaben eigenberechtigten und mir den Namen und den Geburtsdaten nach persönlich bekannte Parteien, und zwar -----

1.) Herr <u>Diplomingenieur (FH) Michael Franz Josef Wihan</u>, geboren am 18.10.1980 (achtzehnter Oktober neunzehnhundertachtzig), wohnhaft Brandhofgasse 4, 8010 Graz, und-----

2.) Herr Diplomingenieur (FH) Jan Anders Karlsson, geboren am 27.09.1980 (sie-

	benundzwanzigster September neunzehnhundertachtzig), wohnhaft Hauslabgasse 7, 8010 Graz,
 un	d haben vor mir errichtet und zu Akt gegeben den nachfolgenden
	GESELLSCHAFTSVERTRAG
 Er	stensFIRMA
Die Ge Nu Fir	e Parteien errichten hiermit eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung im Sinne des esetzes vom 06.03.1906 (sechsten März neunzehnhundertsechs) Reichsgesetzblatt Immer 58 (achtundfünfzig) über Gesellschaften mit beschränkter Haftung unter der ma
	MAKAvA GmbH
	<u>/eitens</u>
Sit	z der Gesellschaft ist in der politischen Gemeinde Graz
las	e Gesellschaft ist berechtigt an anderen Orten des In- und Auslandes Zweignieder- sungen zu errichten
 Dr	ittensGEGENSTAND DES UNTERNEHMENS
Ge	genstand des Unternehmens sind:
a)	die Verwertung der Marke MAKAvA,
b)	Erzeugung, (Produktion), Handel und Vertrieb von Waren aller Art, insbesondere dem "makava – Delighted Ice Tea",
c)	der Erwerb und die Verwaltung sowie die Veräußerung von Liegenschaften,
d)	der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen,
e)	die Ausübung des Hotel- und Gastgewerbes in allen Betriebsarten,
f) g)	die Projektentwicklung, Projektbeteiligung und Projektfinanzierung,die Vermietung und Verpachtung

Die Gesellschaft ist berechtigt, gleichartige oder ähnliche Betriebe zu erwerben, sich an solchen in jeder Form zu beteiligen, den Geschäftsbetrieb auf verwandte Zweige jeder Art auszudehnen, die Geschäftsführung an anderen Unternehmungen zu über-
nehmen und alles zu tun, was zur Erreichung und Förderung des Gesellschaftszweckes mittelbar oder unmittelbar erforderlich oder dienlich ist.
Viertens GESELLSCHAFTSKAPITAL
Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt € 35.000, (Euro fünfunddreißigtausend). Dieses Stammkapital wird von den Gesellschaftern wie folgt übernommen und eingezahlt:
 Herr Diplomingenieur (FH) Michael Franz Josef Wihan übernimmt eine Stammeinlage von € 24.500, (vierundzwanzigtausendfünfhundert Euro) und leistet hierauf eine Bareinzahlung von € 24.500, (vierundzwanzigtausendfünfhundert Euro),
Fünftens DAUER UND GESCHÄFTSJAHR
Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit errichtet.
Das erste Geschäftsjahr beginnt mit der Eintragung der Gesellschaft in das Firmenbuch und endet am darauffolgenden 31.12. (einunddreißigsten Dezember). In der Folge sind die Geschäftsjahre gleich den Kalenderjahren
SechstensGESCHÄFTSFÜHRUNG UND VERTRETUNG
Die Gesellschaft hat einen, zwei oder mehrere Geschäftsführer. Sind zwei oder mehrere Geschäftsführer bestellt, wird das Vertretungsrecht der Geschäftsführer mit dem Bestellungsbeschluss geregelt
Die Vertretung durch zwei Gesamtprokuristen ist mit der Einschränkung des § 49 (Paragraf neunundvierzig) Unternehmergesetzbuch zulässig
Siebentens JAHRESABSCHLUSS UND GEWINNVERTEILUNG
Der Jahresabschluss ist nach den jeweils geltenden Rechnungslegungsvorschriften

des Geschäftsjahres für das abgelaufene Geschäftsjahr aufzustellen und nach Erstellung unverzüglich sämtlichen Gesellschaftern zur Genehmigung und Feststellung vorzulegen.
Die Verwendung und Verteilung des jährlichen Bilanzgewinnes wird durch Beschluss der Gesellschafter festgelegt, wobei eine alineare Gewinnausschüttung mit einstimmigem Gesellschafterbeschluss ausdrücklich zulässig ist
AchtensGENERALVERSAMMLUNG
Die Generalversammlung findet am Sitz der Gesellschaft oder in einer österreichischen Landeshauptstadt oder an jedem anderen Ort in Österreich, an welchem ein öffentlicher Notar seinen Amtssitz hat, statt.
Die Einberufung erfolgt grundsätzlich durch die Geschäftsführer, wobei bei Vorhandensein mehrerer jeder allein zur Berufung berechtigt ist; in besonders dringenden Fällen steht es auch jedem Gesellschafter frei, die Einberufung der Generalversammlung vorzunehmen.
Die Einberufung der Generalversammlung hat mittels eingeschriebenen Briefes unter Mitteilung der Tagesordnung zu erfolgen.
Zwischen der Absendung der Einladung und dem Tag der Versammlung muss mindestens eine Frist von zwei Wochen liegen. Der Tag der Absendung der Einladung und der Tag der Generalversammlung sind hierbei nicht mitzurechnen.
Beschlüsse der Gesellschafter in der Generalversammlung werden, soweit das Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag nicht zwingend etwas anderes bestimmt, durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.
Beschlüsse können auch auf schriftlichem Wege gefasst werden, wenn sämtliche Gesellschafter damit einverstanden sind. Bei der Abstimmung im schriftlichen Weg wird die erforderliche Mehrheit nicht nach der Zahl der abgegebenen Stimmen, sondern nach der Gesamtzahl der allen Gesellschaftern zustehenden Stimmen berechnet
Die Beschlüsse der Generalversammlung sind unverzüglich nach Beschlussfassung in eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschriften sowie die auf schriftlichen Weg gefassten Beschlüsse der Gesellschafter sind geordnet aufzubewahren und von der

Geschäftsführung in Kopie den Gesellschaftern unverzüglich nachweislich zu übermit			
teln			
Je \in 10, (Euro zehn) einer übernommenen Stammeinlage gewähren eine Stimme,			
jedoch muss jedem Gesellschafter mindestens eine Stimme zustehen			
Neuntens GESCHÄFTSANTEILE			
Der Geschäftsanteil jedes Gesellschafters bestimmt sich nach der Höhe der von ihm			
übernommenen Stammeinlage			
Die Geschäftsanteile sind teilbar, übertragbar und vererblich.			
ZehntensVORKAUFS- UND AUFGRIFFSRECHTE			
(1) Die entgeltliche oder unentgeltliche Übertragung von Geschäftsanteilen oder Teilen			
von Geschäftsanteilen unter Lebenden an Mitgesellschafter ist jederzeit möglich			
(2) Im Falle des Ablebens eines Gesellschafters geht dessen Geschäftsanteil auf seine			
Erben oder die von ihm von Todes wegen berufenen Personen über, welche voll			
und uneingeschränkt in die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag eintreten. Die			
Erben (Legatare) sind jedoch verpflichtet, den ererbten Geschäftsanteil binnen Mo-			
natsfrist nach rechtskräftiger Einantwortung des Nachlasses den übrigen Gesell-			
schaftern zum Erwerb anzubieten, welchen hieran ein Aufgriffsrecht im Verhältnis			
der von ihnen übernommenen Stammeinlagen zusteht. Für die Geltendmachung			
des Aufgriffsrechtes gelten die Bestimmungen der Absätze "fünf" und "sechs" dieses			
Vertragspunktes analog			
Für die Festsetzung des Abtretungspreises für einen aufgriffsweisen Erwerb des			
Geschäftsanteiles eines verstorbenen Gesellschafters gilt Punkt "Elftens" dieses			
Vertrages			
Wird der Geschäftsanteil des verstorbenen Gesellschafters nicht oder nicht voll-			
ständig von zumindest einem Gesellschafter aufgegriffen, sind die Erben (Legatare)			
berechtigt, als Gesellschafter in der Gesellschaft zu verbleiben.			
(3) Beabsichtigt ein Gesellschafter, seinen Geschäftsanteil oder einen Teil seines Geschäftsanteil oder eine Teil seine Geschäftsanteil oder eine Geschäftsanteil oder eine Teil seine Geschäftsanteil oder eine Geschäftsantei			
schäftsanteiles an Nichtgesellschafter zu übertragen, so wird den übrigen Gesell- schaftern hiermit für den Fall der entgeltlichen Übertragung ein Vorkaufsrecht im			
Sinn der §§ 1072 ff ABGB (Paragraphen eintausendzweiundsiebzig folgende des			
Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches) und für den Fall der unentgeltlichen Über-			
tragung ein Aufgriffsrecht nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen einge-			
räumt. Sollten sich die Gesellschafter über die Ausübung dieses Vorkaufs- bezie-			
raunt. Conten sich die Gesenschafter über die Ausübung dieses Vorkaus- bezie-			

- hungsweise Aufgriffsrechtes nicht einigen, so steht ihnen dieses Recht im Verhältnis der von ihnen übernommenen Stammeinlagen zu.
- (4) Der abtretungswillige Gesellschafter hat den übrigen Gesellschaftern die maßgeblichen Bedingungen für die entgeltliche Abtretung mittels eingeschriebenen Briefes oder Telefaxnachricht bekannt zu geben. Im Fall der unentgeltlichen Übertragung unter Lebenden ist der abtretungswillige Gesellschafter verpflichtet, seinen Geschäftsanteil den übrigen Gesellschaftern zum Erwerb anzubieten.
- (5) Den übrigen Gesellschaftern steht für die Ausübung ihres Vorkaufs- beziehungsweise Aufgriffsrechtes eine Frist von vier Wochen ab Zugang der Mitteilung gemäß Absatz (4) zu.-----
- (6) Sollten nicht alle übrigen Gesellschafter von ihrem Vorkaufs- beziehungsweise Aufgriffsrecht innerhalb dieser Frist durch Erklärung gegenüber dem abtretungswilligen Gesellschafter Gebrauch machen, so wächst deren Recht den Gesellschaftern, die ihr Recht fristgerecht ausgeübt haben, nach Maßgabe der von ihnen übernommenen Stammeinlagen zu. Der abtretungswillige Gesellschafter ist verpflichtet, den kauf- beziehungsweise aufgriffswilligen Gesellschaftern von der Nichtausübung durch einzelne Gesellschafter Mitteilung zu machen. Diese haben das Recht, innerhalb einer weiteren Frist von vier Wochen ab Zugang der Mitteilung ihr Vorkaufsbeziehungsweise Aufgriffsrecht hinsichtlich des gesamten abzutretenden Geschäftsanteiles- im Verhältnis der von ihnen übernommenen Stammeinlagen oder einvernehmlich verschoben- zu erwerben.

 Der abtretungswillige Gesellschafter ist nur dann zur Abtretung seines Geschäftsanteiles oder Teiles seines Geschäftsanteiles verpflichtet, wenn dieser von den übrigen Gesellschaftern vollständig übernommen wird.
- (8) Sollten Treuhandverträge in gesetzlich vorgeschriebener Form bestehen, und der Gesellschaft nachweislich schriftlich bekannt gegeben worden sein, so gelten bei Aufhebung des Treuhandverhältnisses oder bei Wechsel des Treunehmers nicht die Bestimmungen dieses Vertragspunktes, sodass entsprechende Übertragungen des Geschäftsanteiles oder Teile eines Geschäftsanteiles im Falle der Aufhebung des Treuhandverhältnisses, oder Wechsel des Treunehmers keiner Zustimmung bedürfen.
- (9) Das für den Fall des Ablebens eines Gesellschafters eingeräumte Aufgriffsrecht findet auch auf den Fall Anwendung, dass eine Person den Geschäftsanteil eines Gesellschafters, über dessen Vermögen ein gerichtliches Insolvenzverfahren eröffnet wurde oder gegen den die Exekution bewilligt wurde, erwirbt. Diese Person ist ebenfalls verpflichtet, den Geschäftsanteil nach Maßgabe der vorgenannten Bedingungen an die Mitgesellschafter abzutreten.

Elftens Der Abtretungspreis für die in diesem Gesellschaftsvertrag geregelten Aufgriffsrechte ist von den Beteiligten einvernehmlich festzusetzen. Dieses Einvernehmen muss bis einen Monat vor dem Ausscheidensstichtag hergestellt sein. Steht der Ausscheidenstermin noch nicht fest, ist eine Einigung über den Abtretungspreis innerhalb einer Frist von einem Monat ab dem Zeitpunkt, zu dem feststeht, dass der aufzugreifende Geschäftsanteil zur Gänze aufgegriffen wird, zu erzielen.
Kommt es zu keiner fristgerechten Einigung über die Höhe des Abtretungspreises, ist der Abtretungspreis nach dem KFS BW1 Fachgutachten des Fachsenats für Betriebswirtschaft und Organisation des Instituts für Betriebswirtschaft, Steuerrecht und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhänder über die Unternehmensbewertung zu ermitteln, wobei die jeweils letztgültige Fassung zum Tragen kommt.
Der Abtretungspreis zuzüglich der vereinbarten Zinsen von 8 % (acht Prozent) jährlich ab dem Ausscheidensstichtag ist innerhalb von sechs Monaten ab dem Ausscheidensstichtag zur Zahlung fällig.
Zwölftens Jedem Gesellschafter steht das Recht zu, die Gesellschaft zum Ende des Geschäftsjahres unter Einhaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist durch eingeschriebene Briefe an alle übrigen Gesellschafter und die Geschäftsführung aufzukündigen.
Die Aufkündigung hat grundsätzlich die Auflösung der Gesellschaft zur Folge.
Die übrigen Gesellschafter sind jedoch in diesem Falle berechtigt, die Gesellschaft fortzusetzen, wenn sie den Geschäftsanteil des kündigenden Gesellschafters im Verhältnis ihrer übernommenen Stammeinlagen übernehmen.
Macht ein Gesellschafter von diesem Aufgriffsrecht keinen Gebrauch, dann sind die übrigen Gesellschafter zur Übernahme des ganzen Anteiles im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile berechtigt.
Der jeweilige Abtretungs- beziehungsweise Übernahmspreis ist nach Maßgabe der im Punkte "Elftens" dieses Vertrages angeführten Bestimmungen festzusetzen und gilt im übrigen Punkt "Zehntens" und "Elftens" sinngemäß.

<u>Dreizehntens</u>	-BEKANNTMACHUNGEN
Bekanntmachungen der Gese benen Brief an die der Gese ziehungsweise zuletzt bekann	ellschaft an die Gesellschafter werden durch eingeschrie- Ilschaft anlässlich der Eintragung in das Firmenbuch be- nt gegebene Anschriften vorgenommen.
	GRÜNDUNGSKOSTEN
Die mit der Errichtung und F Abgaben bis zum Höchstbetr Gesellschaft getragen. Die G wendeten Beträge als Ausgab	Registrierung der Gesellschaft verbundenen Kosten und rag von € 7.000, (Euro siebentausend) werden von der ründungskosten sind mit der Höhe der tatsächlich aufgeben in die erste Jahresrechnung einzustellen.
	GENERALKLAUSEL
deres bestimmt wird, gelten d beschränkter Haftung	haftsvertrag in seiner jeweils gültigen Fassung nichts an- ie Bestimmungen des Gesetzes über die Gesellschaft mit
Die Partei erklärt sich aus Geburtsdatum und ihre Ansch ten der Name oder Firmenwo der beurkundende Notar, die Inhalt im Urkundenarchiv des verarbeitungsanlage geführt w	sdrücklich damit einverstanden, dass ihr Name, ihr nrift, bei juristischen Personen und Personengesellschaf- ortlaut, Sitz und Anschrift sowie die Firmenbuchnummer, Geschäftszahl, das Datum dieser Urkunde sowie deren sösterreichischen Notariates, das mit Hilfe einer Daten- vird, aufgenommen werden
Die Partei wurde darüber bele	hrt, dass
 (Paragraph siebenunddreiß) der beurkundende Notar of zu den von ihm im Urkunde re auf diese Urkunde nur n en beim Ersuchen auf Spe zeichnet haben (bei Notari) 	gelegten Daten der Verschwiegenheitspflicht nach § 37 big) Notariatsordnung unterliegen,

- Seite neun -

entsprechender gesetzlicher Regelungen oder Abkommen Gerichten, Verwaltungs-
oder Finanzbehörden, physischen oder juristischen Personen lesender Zugriff auf
die im Urkundenarchiv abgelegten Daten gestattet werden kann
SiebzehntensAUSFERTIGUNGEN
Von diesem Notariatsakt können jeder daran beteiligten Person, den Geschäftsführern, den Gesellschaftern und den seinerzeitigen Liquidatoren der Gesellschaft beliebig viele Ausfertigungen erteilt werden.
Dieser Notariatsakt wurde der Partei wörtlich und deutlich vorgelesen, von ihr genehmigt, bestätigt und vor mir eigenhändig unterschrieben.
Stainz, am *
DiplIng. (FH) Michael Franz Josef Wihan, geb. 18.10.1980,
als Gesellschafter
DiplIng. (FH) Jan Anders Karlsson , geb. 27.09.1980, als Gesellschafter
Mag. Wolfgang Schnabl,
öff Notar